

schließen, daß der Bericht noch vom KEWA-Team gefertigt worden sei. Aber: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß es eine Untersuchung ohne meine Kenntnis gab.“

CDU und FDP hatten stets erklärt, es habe eine Nachbewertung durch die KEWA gegeben, in der Gorleben am besten abgeschnitten habe. Das bestritt deren damaliger Geschäftsführer Schlitt nun explizit. „Das zentrale Beweisdokument der schwarzgelben Koalition ist ein Phantom. Denn es gibt in 1800 Aktenordnern keine ‚Nachbewertung‘ des Bundes zur Standortentscheidung pro Gorleben“, unterstrich das die SPD-Obfrau des Untersuchungsausschusses, Ute Voigt.

„Die historische Wahrheit kommt ans Licht, es ist auch allerhöchste Zeit, denn die Bundesregierung schickt sich an, ein Endlagersuchgesetz auf den Weg zu bringen, das den historischen Irrtum weiter mit sich fortschleppt und dieser heißt Gorleben“, warnt der Sprecher der Bürgerinitiative

Umweltschutz Lüchow-Danzenberg (BI) Wolfgang Ehmke. Das Auswahlverfahren war intransparent, die Gasvorkommen wurden geleugnet und nach der Entdeckung, daß über dem Salzstock wasserführende Schichten ohne Abdeckung durch Ton ein Austreten von Radioaktivität begünstigen, hatte 1983 die federführende Behörde, die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, vorgeschlagen, auch andere Standorte neben Gorleben zu erkunden, erinnert die BI.

„Heute wissen wir noch mehr, die gesamte Salzlinie steht zur Disposition“, ergänzt Ehmke und fordert, daß nun endlich, angesichts des Desasters, die untätigen Arbeiten in Gorleben eingestellt werden.

„Wir brauchen eine umfassende, nicht übereilte Debatte über die Frage, wohin mit dem Atommüll“, umreißt die BI ihre Position. Dazu gehöre auch die Absage des nächsten Castor-Transports nach Gorleben.

Heute: In vier Phasen weiter zum Endlager

Baden-Württembergs grüner Umweltminister Franz Untersteller will im Jahr 2012 die Suche nach einem Endlager neu aufrollen. Sein Plan beinhaltet jetzt vier Phasen. In Phase I sollen auf der Basis vorhandener geologischer Daten bis 2014 vier mögliche Standortgebiete ausgewählt werden.

In Phase II könnten diese Standorte mit Bohrungen näher untersucht werden und bis spätestens 2021 sollen dann nur noch zwei Standorte zur Wahl stehen. Phase III soll die Untersuchung unter Tage und Phase IV schließlich die Auswahl eines Endlagerstandorts sein.

Voraussetzung ist für Untersteller, daß Bundestag und Bundesrat bis 2012 ein Gesetz verabschieden, das den Zeitplan und den Ablauf der Standortsuche für ein Endlager festlegt, die Finanzierung und die Zuständigkeiten im Auswahlverfahren regelt und

eine Beteiligung der Öffentlichkeit im Verfahren fest schreibt. Grundsätzlich sollten nur Ton- und Salzgesteine in die Suche einbezogen werden. Untersteller spricht sich gegen die Rückholbarkeit der Abfälle aus.

Bundesregierung will bei Gorleben bleiben

Dagegen setzt die Bundesregierung weiter auf den Standort Gorleben. Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) teilte dem niedersächsischen Ministerpräsident David McAllister (ebenfalls CDU) schriftlich mit, daß es zunächst bei der Erkundung des Salzstocks im Wendland bleibe. McAllister hatte zuvor Bedenken gegen das bisher verfolgte Konzept einer nicht rückholbaren Endlagerung geäußert.

Quellen: Newsletter PUA Gorleben vom 9.9. und 20.10.2011 von Thomas Pätzold, Mitarbeiter von MdB Dorothee Menzner, Fraktion die Linke. heute im bundes-tag Nr. 441 v. 28.10.2011. ●

Atommüll-Lager Gorleben

Greenpeace deckt falsche Berechnungen bei Strahlungsmessungen auf

Der Grenzwert am Zwischenlager kann in diesem Jahr überschritten werden

Das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) hat nach Ansicht von Greenpeace erhebliche Fehler bei der Berechnung der Strahlungsmessungen am Atommüll-Zwischenlager Gorleben gemacht. Mit einer aktuellen Analyse weist die unabhängige Umweltschutzorganisation nach, daß der genehmigte Jahresgrenzwert von 0,3 Millisievert am Zwischenlager bis zum Jahresende überschritten werden kann. Die Strahlungsmessungen bilden die Grundlage für die

Entscheidung des Ministeriums über den diesjährigen Castortransport. Die Greenpeace-Berechnungen ergeben eine mögliche diesjährige Strahlendosis von 0,305 Millisievert. Das NMU hatte dagegen einen Strahlenwert von 0,233 Millisievert errechnet.

„Die Zahlen sprechen eine klare Sprache, der Castortransport muß für dieses Jahr abgesagt werden“, erklärte Heinz Smital, Atomexperte bei Greenpeace am 26. Okto-

ber 2011. „Bei der Bewertung des Ministeriums handelt es sich um klare Berechnungsfehler, bei denen es keinen Interpretationsspielraum gibt. Es scheint, als hätte Umweltminister Sander die Meßwerte heruntergerechnet, um den geplanten Castortransport nicht zu gefährden.“

Die aktuellen Berechnungen von Greenpeace zeigen erneut, daß keine Castoren mehr in das Zwischenlager eingelagert werden dürfen.

Voraussichtlich am letzten Novemberwochenende sollen elf Castorbehälter aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague nach Gorleben transportiert werden. Jeder Castor enthält viermal so viel Radioaktivität, wie beim Super-GAU in Fukushima ausgetreten ist.

Hintergrund: Wie das Niedersächsische Umweltministerium gerechnet hat

Um die aus der Castorhalle austretende Strahlung zu berechnen, werden in der Umgebung des Zwischenlagers zunächst Neutronen- und Gammastrahlung gemessen. Von diesen Werten wird die dauerhaft vorhandene natürliche Hintergrundstrahlung abgezogen. Anschließend werden die Werte addiert.

Für seine Berechnung des niedrigeren Strahlenwertes hat das NMU die Meßdaten zweier Behörden kombiniert: Für das erste Halbjahr 2011 zieht das NMU die Meßergebnisse des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) heran. Für das zweite Halbjahr

2011 stützt sich das NMU auf neue Messungen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), die Anfang September 2011 in nur vier Tagen durchgeführt wurden. Die Aufteilung in Jahreshälften begründet das NMU mit einer Ende Juni erfolgten Umstellung von Castoren innerhalb der Lagerhalle. Diese habe die Strahlenbelastung rund um die Anlage gesenkt.

Bei der Berechnung hat das NMU allerdings drei erheblich Fehler gemacht, die zu der niedrigeren Prognose führten, erklärt Greenpeace: Das NMU hat für das erste Halbjahr rückwirkend einen höheren Neutronen-Hintergrundwert angenommen. Da der höhere Hintergrundwert abgezogen wurde, fällt das Ergebnis entsprechend niedriger aus. Außerdem wurde unzulässigerweise im ersten Halbjahr eine Gammastrahlung von Null angenommen. Dabei liegen behördliche Messungen des NLWKN für diesen Zeitraum vor. Auch für das zweite Halbjahr wurde die Gammastrahlung nicht berücksichtigt, obwohl der TÜV-Bericht Werte liefert.

102 Castorbehälter wurden bis Ende 2010 ins Zwischenlager Gorleben gebracht

Die Sicherheitsmaßnahmen des Zwischenlagers Gorleben würden „derzeit optimiert“, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 17/7136 vom 26. 09.2011 auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Maßnahmen sind der Bundesregierung zufolge das Ergebnis einer regelmäßigen Überprüfung der Sicherheitsanforderungen zur „Verbesserung des Schutzes gegen Störmaßnahmen und sonstige Einwirkungen Dritter“.

Für die Strahlenbelastung aus dem Zwischenlager Gorleben machte die Bundesregierung folgende Angaben:

Jahr	amtliche NLWKN-Messungen	Messungen des Betreibers
2001		0 mSv
2002		0 mSv
2003		0,08 mSv
2004		0,11 mSv
2005	0,11 mSv	0,14 mSv
2006	0,21 mSv	0,17 mSv
2007	0,24 mSv	0,20 mSv
2008	0,14 mSv	0,22 mSv
2009	0,21 mSv	0,19 mSv
2010	0,23 mSv	0,17 mSv

mSv = Millisievert

Daten für die Jahre 2001 bis 2004 konnten „in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit für die Beantwortung von Kleinen Anfragen nur für den Betreiber zur Verfügung gestellt werden“, erklärte die Bundesregierung. Der Behörde war das nicht möglich. Vom 27. April 1995 bis 24. November 2010 wurden der Bundesregierung zufolge insgesamt 102 Castorbehälter in das Zwischenlager Gorleben gebracht.

Protesttag 26. November 2011 – Wendland-Aktions-Gruppen laden ein zu Protest und Widerstand gegen den nächsten Castor-Transport

Ungeachtet der hohen Strahlenbelastung durch das Zwischenlager Gorleben mit Grenzwertüberschreitungen seit dem Jahre 2003 finden die Vorbereitungen von staatlicher Seite für den nächsten Castortransport nach Gorleben am ersten Adventwochenende dieses Jahres statt, beklagt Kerstin Rudek, Vorsitzende der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Beim sogenannten Atomausstieg wurden jetzt 8 Atomkraftwerke abgeschaltet, das Atommüll-dilemma wurde jedoch nicht problematisiert und eine Neudefinition von Sicherheitskriterien für die Atommüll-lagerung bleibe die Regierung schuldig und die Vollendung des Endlagerbaus im ungeeigneten Salzstock Gorleben werde im 24-Stunden-Betrieb unter altem Bergrecht vollzogen.

Deshalb beteilige sich die BI am Wendland Aktions Gruppen Treffen „w.a.g.t.“, das sich mit vielen tausend Menschen in das Castor-Geschehen einmischen werde. Ziel der Bürgerinitiative sei es, unmittelbar an der Castor-transportstrecke Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen durchzuführen, um frei und wahrnehmbar vom grundrechtlich verbrieften Demonstrationsrecht Gebrauch zu machen. „Weiträumige Versammlungsverbote, Rechtsbeugung durch nicht zulässige Gewahrsamnahmen und Polizeikessel für tausende DemonstrantInnen unter freiem Himmel – unter Ausschaltung der Gefangenen-Sammelstellen und Aushebelung des richterlichen Notdienstes – sind Zustände, an die wir uns nicht gewöhnen“, erklärt Rudek. „AnwohnerInnen der Castortransportstrecke von Gerichts wegen Klagemöglichkeiten abzusprechen, nach uraltem Bergrecht formalrechtlich jegliche juristische Gegenwehr eines Schwarzbau zum atomaren Endlager zu verhindern, das ist für uns institutionalisierte Gewalt.“

Die Analyse von Greenpeace und ein Erklärvideo finden sich im Internet unter www.greenpeace.de/castor2011

Strahlenrisiko

Atomstrahlung ist schädlicher für die Frauen

Frauen leiden deutlich mehr unter den Auswirkungen ionisierender Strahlung als Männer. Darauf machte der Nuclear Information & Resource Service (NIRS) mit einem Mitte Oktober 2011 veröffentlichten Informationspapier aufmerksam. Bei gleichem Strahlenniveau bestehe für Frauen im Vergleich zu Männern eine dramatische fünfzig Prozent höhere Inzidenz für

Krebs und eine fünfzig Prozent höhere Rate von Todesfällen durch Krebs. Über geschlechtsspezifische Unterschiede in der Höhe des Schadens wurde bisher wenig berichtet.

Die Daten, die zu diesem Ergebnis führen, stammen aus dem Bericht von 2006 der National Academy of Sciences (BEIR VII) über die biologische Wirkung ionisierender Strahlung. Die höhere Anfälligkeit der Frauen stand jedoch nicht im Mittelpunkt dieser Veröffentlichung, und das Problem blieb unbeachtet.

NIRS hat das Papier in Kooperation mit Gruppen aus den globalen „Hot Spots“ wie Japan (Grüne Aktion), Ukraine (Ecoclub) und Pennsylvania (Three Mile Island Alert) erstellt. Es ist im Internet abrufbar unter www.nirs.org/radiation/radhealth/radiationwomen.pdf.

„Die Daten sind erschreckend und die Tatsache, daß sie unbeachtet blieben, ist schockierend. Die Daten zeigen eine konsistente fünfzig Prozent höhere Inzidenz von Krebserkrankungen und auch der Todesfälle durch Krebs bei Frauen im Vergleich zu Männern. Dies ist atemberaubend und macht vermehrte Forschung und Handeln notwendig, um den Schutz der Gefährdeten sicherzustellen“, sagte die Biologin Mary Olson, die das oben zitierte 8-seitige Hintergrundpapier verfaßte. „Machen wir uns klar: Strahlung verursacht Krankheit und Tod bei Männern, die gleiche Rate der Exposition verursacht aber noch mehr Schaden für Frauen. Das Vorsorgeprinzip gebietet, daß wir zuerst den Schutz zu erhöhen haben und dann das Problem weiter studieren.“

Bekanntlich sind auch Kinder besonders anfällig für Strahlenschäden. Die Schlüsselmechanismen, weshalb ionisierende Strahlung Kinder stärker schädigt, sind erstens die geringere Körpermasse von